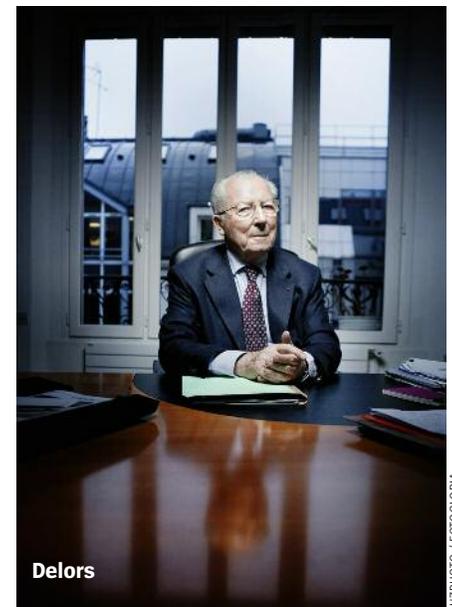


EUROPA

Delors' Denkfabrik

Der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors gründet eine proeuropäische Denkfabrik in Berlin. Finanziert wird das Team, das anfangs aus fünf bis zehn Mitarbeitern bestehen soll, von Delors' Pariser Institut „Notre Europe“ und der Hertie School of Governance. Unter der Leitung des Berliner Ökonomen Henrik Enderlein soll der Thinktank die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Staatengemeinschaft analysieren sowie öffentliche und vertrauliche Gespräche zwischen Politikern, Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern organisieren. Die Organisation wolle die politische Integration des Kontinents fördern, stehe aber zugleich für einen „pragmatischen und überparteilichen Kurs“ in der Europapolitik, sagt Enderlein. Ende März soll das „Jacques Delors Institut-Berlin“ mit einem Symposium eröffnet werden.



Delors

LUZPHOTO / FOTOGLOBIA



„Eurofighter“-Kampffjet

MARKO DJURICA / REUTERS

AFFÄREN

Betriebsprüfung bei EADS

In der Affäre um mögliche Schmiergeldzahlungen beim Verkauf von 15 Kampfflugzeugen des Typs „Eurofighter“ an Österreich hat EADS Deutschland nun die Betriebsprüfer im Haus. Die Beamten suchen angeblich nach Belegen für mehr als 100 Millionen Euro, die im Zusammenhang mit dem Geschäft an Offshore-Firmen und fragwürdige Berater geflossen sein sollen. Bei EADS heißt es dagegen, es handle sich um eine „normale Prüfung, ohne irgendeinen Schwerpunkt“. Staatsanwälte in München und Wien ermitteln seit gut einem Jahr in dem Fall. Inzwischen gibt es mehr als ein Dutzend Beschuldigte. Laut einem vertraulichen Papier aus dem Oktober gehen die österreichischen Ermittler weiter davon aus, dass „EADS versucht hat, Schmiergeldzahlungen an Unternehmen bzw. Beamte zu leisten“. Dabei sei „im Rahmen des EADS-Konsortiums eine kriminelle Vereinigung“ gegründet wor-

den, um „über Scheinverträge Gelder aus den Partnerunternehmen abzuführen und für korrupte Zwecke verfügbar zu machen“. Unterdessen neigen sich die internen Untersuchungen der Affäre offenbar dem Ende zu. Im November 2012 hatte EADS-Chef Tom Enders in der Sache schnelle Aufklärung versprochen und eine „Tiefenbohrung“ angekündigt. Daraufhin wurde die Wirtschaftskanzlei Clifford Chance mit internen Untersuchungen betraut, die ursprünglich schon im vergangenen Frühjahr abgeschlossen sein sollten. Anwälte hatten sich immer wieder über die angeblich „rauen Methoden“ der internen Ermittler beschwert. Dies habe die Mitarbeit etlicher Beteiligter „nicht gerade gefördert“ und das Projekt somit verzögert. EADS erklärt dagegen, die längere Ermittlungsdauer sei auf die Fülle an Material zurückzuführen. Clifford Chance, so beteuert das Unternehmen, arbeite „äußerst professionell“.

WÄHRUNGSUNION

Bankenabgabe verfassungswidrig?

Experten des Bundesfinanzministeriums haben Zweifel, ob die kürzlich von den EU-Finanzministern beschlossene Bankenunion grundgesetzkonform ist. Die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) stoßen sich vor allem daran, dass der bislang von deutschen Banken über eine Abgabe finanzierte nationale Abwicklungsfonds auf europäischer Ebene überführt werden soll. Wenn diese Einzahlungen, bislang rund 1,8 Milliarden Euro, ausländischen Banken

zugutekämen, dann würden Institute begünstigt, die zu ihrer Rettung wenig bis nichts beigetragen hätten. Für deutsche Häuser bedeute dies fast eine Enteignung. Auch die geplante Höhe der neuen Bankenabgabe birgt nach Einschätzung der Schäuble-Beamten verfassungsrechtliche Risiken. Schon bei der bestehenden nationalen Abgabe sei mit Blick auf deren Höhe das zulässige Maximum ausgereizt. Nach den Plänen der EU-Finanzminister sollen deutsche Banken zum europäischen Abwicklungsfonds jährlich eine Milliarde Euro beisteuern. Die bisherige nationale Variante bringt nur die Hälfte zusammen. Eine höhere Abgabe verstoße gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, heißt es im Bundesfinanzministerium.